

- i Editorial:
Warum das BIP als Kenngröße noch lange
nicht ausgedient hat**
- i RWI: Deutsche Konjunktur fest in
unsicherem Umfeld**
- i Reboundeffekt: Strengere PKW-Emissions-
standards weniger effektiv als Steuern**
- i Aus den Ruhrgebiets-Universitäten:
Abschiedsvorlesung von Wim Kösters
an der RUB**

Warum das BIP als Kenngröße noch lange nicht ausgedient hat



„Geld ist nicht alles“ heißt es häufig, wenn nach den wichtigen Dingen im Leben gefragt wird. Familie, Freundschaft, Gesundheit und viele andere Faktoren tragen zum Wohlbefinden eines Menschen bei, Geld allein macht die meisten nicht glücklich. Einen Vorteil hat Geld allerdings: es ist eine Maßeinheit, die Vergleiche ermöglicht. Das 100 Euro das Doppelte von 50 Euro sind, würde wohl niemand bestreiten, bei „doppelt so gesund“, „doppelt so beliebt“ oder „doppelt so erfolgreich“ ist das weniger eindeutig.

Ähnlich ist es bei Volkswirtschaften. Hier wird meistens das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Vergleichsgröße herangezogen. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen, soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer

Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Will man allerdings die Lebensqualität der Bevölkerung eines Landes oder gar die langfristige Nachhaltigkeit des Miteinander Lebens und Wirtschaftens messen, braucht es mehr als diese Größe.

Zur Zeit beschäftigt sich deshalb die aus Parlamentariern und Experten zusammengesetzte Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ im Auftrag des Bundestags unter anderem damit, wie ein ganzheitlicher Wohlstands- oder Fortschrittsindikator aussehen könnte. Ich freue mich, als Experte in diesem Gremium mitwirken zu dürfen, nicht zuletzt, da ich mich im Rahmen meiner Arbeit für den Sachverständigenrat bereits umfassend mit der Thematik beschäftigt habe.

Dabei scheint klar, dass das BIP wohl auch weiterhin *die* aussagekräftige Größe bleiben wird, wenn es beispielsweise darum geht, über die Notwendigkeit von Konjunkturpaketen und Sparmaßnahmen zu entscheiden. Und je mehr wir uns im statistischen Berichtswesen vom BIP wegbewegen, desto mehr Grundannahmen müssen wir im Hinblick darauf treffen, welche statistisch erfassbaren Kenngrößen erfolgreich als Repräsentant des viel breiteren, „weichen“ Konzepts Lebensqualität stehen können. Ist beispielsweise die Mitgliedschaft in einem Verein ein guter Gradmesser der Einbindung in soziale Netzwerke? Vereinsmuffel dürften da protestieren.

Je mehr solcher Vorüberlegungen nötig werden, desto schwieriger werden dadurch Vergleich und Interpretation zwischen Gesellschaften oder über die Zeit hinweg. Selbst wenn also bald ein ganzheitlicher Wohlstands- oder Fortschrittsindikator entwickelt würde, dürfte er das BIP als Kenngröße eher ergänzen als ersetzen.

Christoph M. Schmidt

RWI: Deutsche Konjunktur fest in unsicherem Umfeld ■

Das RWI erhöht seine Prognose des Wirtschaftswachstums für das Jahr 2011 gegenüber Dezember 2010 von 2,5 auf 2,9%; für 2012 erwartet es 2,4%. Die Wirtschaft ist offenbar gut in das neue Jahr gestartet, im Verlauf des Jahres dürfte das Produktionswachstum jedoch leicht nachlassen, weil sowohl die Impulse aus dem Ausland als auch die Inlandsnachfrage etwas an Tempo verlieren. Belastend dürfte auch die weiter anziehende Inflation wirken. Trotzdem wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt wohl verbessern. Gleiches gilt für die öffentlichen Haushalte, weshalb die Finanzpolitik deren Konsolidierung weiter vorantreiben sollte.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im vergangenen Jahr mit 3,6% so stark gewachsen wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Wichtige Impulse kamen aus dem Ausland, da sich der Welthandel nach seinem dramatischen Einbruch im Jahr 2009 normalisierte. Diese Impulse übertrugen sich auf die Inlandsnachfrage. Bei verbesserten Absatzaussichten nahm die Investitionsneigung der Unternehmen zu, und die günstigen Arbeitsmarktperspektiven stärkten den privaten Konsum. Gefördert wurde all dies durch das historisch niedrige Zinsniveau. Dieses trug auch dazu bei, dass die Wohnungsbauinvestitionen kräftig ausgeweitet wurden.

Allerdings hat die Aktivität vielfach noch nicht den Stand vor Ausbruch der Finanzkrise erreicht. Vor diesem Hintergrund ist die Situation am Arbeitsmarkt überraschend gut: Die Zahl der Erwerbstätigen liegt bereits um mehr als 300 000 über dem Höchststand vor der Finanzkrise, und die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist auf den niedrigsten Stand seit 1992 gesunken. Ein Schatten auf den derzeitigen Aufschwung wirft der Preisanstieg: Im Februar betrug die Inflationsrate 2,0%, worin sich in erster Linie der Anstieg der Rohstoffpreise bemerkbar machte. Jedoch ist inzwischen auch ein Anziehen der Kerninflation festzustellen, die die Verbraucherpreise ohne die Preise für Energie und Nahrungsmittel umfasst. So wie die niedrigen Zinsen

der EZB derzeit den Aufschwung unterstützen, so begünstigt die expansive Geldpolitik die Teuerung.

Arbeitsmarkt dürfte sich weiter verbessern, die Inflation noch steigen

Viele Indikatoren deuten darauf hin, dass die Wirtschaft gut in das neue Jahr gestartet ist. Für den weiteren Verlauf des Jahres erwartet das RWI ein robustes, wenngleich leicht nachlassendes Produktionswachstum. Nennenswerte Impulse kommen zunächst noch aus dem Ausland; sie verringern sich aber. Auch die Inlandsnachfrage verliert etwas an Tempo. Die Ausstattungsinvestitionen dürften sich normalisieren, nachdem durch die Finanzkrise aufgeschobene Investitionen nachgeholt wurden. Kräftig expandieren wird insbesondere der Wohnungsbau, für den die Rahmenbedingungen ausgesprochen günstig sind. Auch die privaten Konsumausgaben werden voraussichtlich deutlicher wachsen als im Durchschnitt des vergangenen Jahrzehnts. Vor diesem Hintergrund erwartet das RWI einen Zuwachs des BIP um 2,9% für dieses und um 2,4% für kommendes Jahr.

Die Lage am Arbeitsmarkt dürfte sich weiter verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahresdurchschnitt 2011 voraussichtlich um knapp 500 000 und 2012 nochmals um fast die gleiche Zahl zunehmen. Die Arbeitslosenquote könnte damit deutlich unter 6% sinken. Dadurch wird es für die Unternehmen schwieriger, qualifiziertes Personal zu finden, so dass die Effektivlöhne und damit auch die Lohnstückkosten zunehmen dürften.

Auch die anziehende Inflation wirkt weiter belastend. Getrieben wird sie vorerst durch die Rohstoffpreise. Zudem dürften aufgrund der angespannten Finanzlage der Gemeinden kommunale Gebühren und Abgaben weiter angehoben werden. Unter der Annahme eines konstanten Rohölpreises dürfte der Preisauftrieb seitens der Energieträger im Verlauf des Prognosezeitraums nachlassen. Allerdings steigt bei zunehmender Kapazitätsauslastung voraussichtlich die Kerninflation. Das RWI erwartet eine Inflationsrate von 2,5% für dieses und 2,4% für kommendes Jahr.

Aus der Forschung

Chancen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nutzen

Die Lage der öffentlichen Haushalte dürfte sich spürbar verbessern. Die Defizitquote dürfte 2011 und 2012 auf 1,8% bzw. 0,6% sinken. Für die Finanzpolitik sind die Rahmenbedingungen günstig, um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter voranzutreiben und die Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2016 sicherzustellen.

Schwierig ist die Situation für die Geldpolitik. Die EZB orientiert sich an den Bedingungen im Euro-Raum insgesamt, in dem die Wirtschaft stark unterschiedlich wächst. Hinzu kommt, dass sich die Refinanzierungsbedingungen im Bankensektor zwar verbessert, aber immer noch nicht normalisiert haben. Für das Ende des Prognosezeitraums erwartet das RWI einen Leitzins von 2,5%. Eine große wirtschaftspolitische Herausforderung ist die Ausgestaltung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Dabei sollten die Verantwortlichkeit der einzelnen EWU-Länder für ihre Staatsfinanzen gestärkt und die Anreize für eine solide Haushaltsführung vergrößert werden. Hilfen sollten nur erfolgen, wenn ein Land grundsätzlich solvent ist. Ansonsten muss ein Insolvenzverfahren eingeleitet werden, das durch den ESM begleitet werden muss, will man die Risiken einer Insolvenz nicht unkalkulierbar machen.

Weltwirtschaft: Große regionale Wachstumsunterschiede

Die weltwirtschaftliche Expansion hat sich in den letzten Monaten des Jahres 2010 wieder verstärkt. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Regionen immer noch beträchtlich. Während in den meisten Schwellenländern die gesamtwirtschaftliche Produktion derart kräftig wächst, dass hier und da Anzeichen einer Überhitzung zu erkennen sind, blieb die Expansion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften (Euro-Raum, Großbritannien, USA und Japan) insgesamt moderat, aber sehr differenziert. In Ländern, in denen Blasen am Immobilienmarkt geplatzt waren oder der Finanzsektor in massive Probleme geraten war, war der Aufschwung nur zögerlich. Dort hat die Staatsverschuldung oft geradezu dramatisch zugenommen, so

dass die Konjunktur zudem häufig durch umfangreiche Konsolidierungsprogramme belastet werden muss.

Aufgrund der kräftigeren Expansion der Weltwirtschaft nahm die Nachfrage nach Rohstoffen zu, wodurch deren Preise stiegen. Die Preise für Rohöl zogen jüngst vor allem aufgrund gestiegener Risiken für die Ölversorgung an. Die Teuerung insgesamt hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres weltweit verstärkt. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften reflektiert dies bisher im Wesentlichen die höheren Rohstoffpreise, in einigen Ländern auch Steuererhöhungen. Die Kerninflation blieb hingegen gering. Durch die expansive Geldpolitik hat sich aber ein Liquiditätsüberhang aufgebaut, der bei einer zu zögerlichen Straffung des geldpolitischen Kurses ein Anziehen der Inflation befürchten lässt. Es ist daher zu erwarten, dass die Notenbanken im Prognosezeitraum die Leitzinsen deutlich erhöhen werden. In den Schwellenländern haben viele Notenbanken aufgrund eines höheren Inflationsdrucks den Schwenk zu einer restriktiveren Politik bereits vollzogen.

Auch die Finanzpolitik dürfte 2011 und mehr noch 2012 restriktiv ausgerichtet sein. Durch die jüngste Rezession hat die Staatsverschuldung zumeist erheblich zugenommen, so dass eine Konsolidierung dringend geboten ist. Viele Länder haben bereits Maßnahmen eingeleitet, andere – wie die USA und Japan – haben solche angekündigt, wenn auch unklar ist, in welchem Umfang sie tatsächlich realisiert werden.

Bis zum Jahr 2012 moderates, aber relativ robustes Wachstum

Vor diesem Hintergrund dürfte der Prognosezeitraum durch ein moderates, aber relativ robustes Wachstum der Weltwirtschaft gekennzeichnet sein. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften setzt sich die Erholung fort und die internen Auftriebskräfte gewinnen allmählich an Bedeutung. Die Investitionstätigkeit dürfte sich normalisieren, zumal durch die Krise Modernisierungen zurückgestellt wurden. Auch dürfte das Vertrauen der Konsumenten zurückkehren, da die Arbeitslosigkeit zumeist wieder fällt. In den Schwellenländern verliert die Expansion aber vorraussichtlich etwas an Fahrt, weil

die Wirtschaftspolitik und die Verteuerung von Lebensmitteln hier im Allgemeinen stärker dämpfen dürften.

Alles in allem erwartet das RWI für beide Jahre eine Zunahme des Weltsozialprodukts (in Dollar gerechnet) um gut 3%. Der Welthandel wird unter diesen Rahmenbedingungen um voraussichtlich 7,5% bzw. 7% ausgeweitet werden.

Risiken sind größer geworden

Allerdings haben sich auch die Risiken für den Aufschwung vergrößert. Die Staatsschuldenkrise einiger Länder des Euro-Raums ist noch nicht gelöst. Dies könnte negativ auf die deutsche Wirtschaft ausstrahlen.

Eckwerte der Prognose für 2011 und 2012

2010 bis 2012

	2010	2011P	2012P
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränderung in %	3,6	2,9	2,4
Erwerbstätige ² , in 1 000	40 483	40 982	41 433
Arbeitslose ³ , in 1 000	3 244	2 874	2 467
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	7,7	6,8	5,9
Verbraucherpreise, Veränderung in %	1,1	2,5	2,4
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	-0,9	1,9	1,9
Finanzierungssaldo des Staates, in Mrd. €			
in Mrd. €	-82,0	-45	-17
in % des nominalen BIP	-3,3	-1,8	-0,6
Leistungsbilanzsaldo ⁶ , in Mrd. €	130	117	114

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Im Inland. – ³Nationale Abgrenzung. – ⁴Bezogen auf alle inländischen Erwerbsspersonen. – ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁶In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. – P Eigene Prognose.

len. Zudem ist die Ölversorgung unsicherer geworden. Kommt es hier zu nachhaltigen Störungen, werden die weltwirtschaftliche Expansion und damit auch das Wachstum in Deutschland spürbar gedämpft. Schließlich sind die Gefahren für die Preisniveaustabilität größer geworden, da steigende Rohstoffpreise aufgrund der expansiven Geldpolitik der EZB in einem Land mit guter Konjunktur leicht Zweitrundeneffekte anstoßen können.

Diesem Beitrag liegt die Konjunkturprognose des RWI vom 10. März zugrunde. Die Pressemitteilung sowie der Link zum kompletten RWI Konjunkturbericht als pdf-Download befinden sich auf der RWI-Homepage unter www.rwi-essen.de/presse/mitteilung/59/.

Informationen: doehrn@rwi-essen.de, weiler@rwi-essen.de

Reboundeffekt: Strengere PKW-Emissionsstandards weniger effektiv als Steuern

Der Reboundeffekt kann dafür sorgen, dass die ab 2012 in der EU geltenden strengeren PKW-Emissionsstandards den Ausstoß von Treibhausgasen weniger stark reduzieren als angenommen, weil gleichzeitig die Mobilitätsnachfrage steigt. Wie eine aktuelle RWI-Studie zeigt, ist dieser Effekt in Deutschland in Haushalten mit geringer PKW-Fahrleistung besonders ausgeprägt. Dort werden bis zu 90% der erzielten Emissionseinsparungen durch eine stärkere PKW-Nutzung wieder aufgezehrt.

Allen Effizienzsteigerungen zum Trotz steigt der durch den Verkehr verursachte Ausstoß von Treibhausgasen wie Kohlendioxid (CO₂) in der Europäischen Union (EU) tendenziell weiter an. So erhöhten sich die aus dem Straßenverkehr resultierenden CO₂-Emissionen in den EU-15-Ländern zwischen 1990 und 2005 um 26%. Um diesen Trend zu stoppen, hat die Europäische Kommission im Jahr 2009 eine Verordnung erlassen, die den

Aus der Forschung

ab dem Jahr 2012 neu in den EU-Ländern registrierten Pkw Obergrenzen für den CO₂-Ausstoß pro Kilometer vorschreibt und damit auch Limits für den Treibstoffverbrauch. Wird das zulässige Maximum überschritten, muss der Hersteller empfindliche Strafen an die Kommission entrichten. Davon erwartet man sich beträchtliche Fortschritte in der Entwicklung effizienterer Antriebstechnologien.

Ungeachtet der Effektivität, mit der die EU-Verordnung die technologische Effizienz von Pkw verbessern hilft, stellt sich die Frage, inwieweit Effizienzverbesserungen tatsächlich zu einem niedrigeren Treibstoffverbrauch der Pkw-Flotte in der EU führen. Zwar erhöhen steigende Benzinpreise, etwa infolge gestiegener Erdölpreise oder Steuern, die Kosten für die Pkw-Nutzung, gleichzeitig werden diese Kosten aber durch Verbesserungen der technologischen Effizienz gesenkt, etwa durch den Wechsel zu einem Sprit sparenden Auto. Wie bei anderen Gütern auch kann sich dadurch die Nachfrage nach individueller Mobilität erhöhen. Dieses Phänomen ist in der Energieökonomik als direkter Reboundeffekt bekannt und führt dazu, dass ein Teil der durch Effizienzverbesserungen ermöglichten Energieeinsparungen durch Verhaltensänderungen, hier der

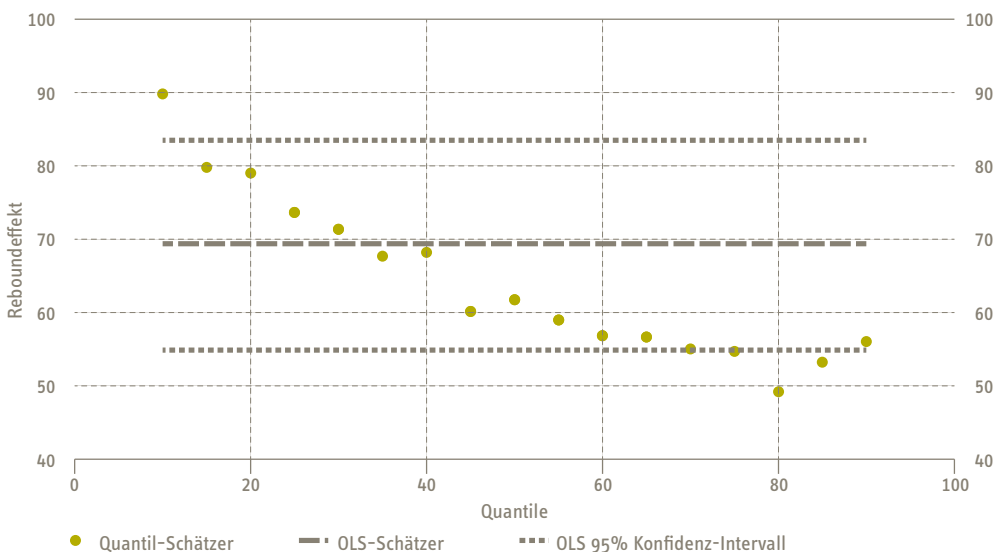
postwendenden Erhöhung der Mobilitätsnachfrage, wieder zunichte gemacht wird. Unter Umständen ist dieser Effekt sogar so groß, dass als Folge einer Effizienzverbesserung sogar mehr anstatt weniger Energie verbraucht wird.

Deutschland: Reboundeffekt fällt bei Wenigfahrern besonders stark aus

Um die Robustheit des Reboundeffekts bei der Pkw-Nutzung deutscher Haushalte zu untersuchen, wurden bereits in einer RWI-Studie aus dem Jahr 2008 diverse Ansätze zu dessen Schätzung verwendet. Es ergaben sich für die Jahre 1997 bis 2005 relativ stabile Effekte im Bereich zwischen 57% and 67%. Im aktuellen Forschungspapier, das auf zusätzliche Wellen des Mobilitätspanels für die Jahre 2006 bis 2009 zurückgreift, wurde die Fokussierung auf Haushalte mit nur einem Pkw aufgegeben und die Datenbasis um Haushalte mit mehreren Pkw ergänzt. Darüber hinaus wurde die Heterogenität des Reboundeffekts in zweierlei Hinsicht untersucht, erstens in Bezug auf Unterschiede im Haushaltseinkommen, in der Zahl der Pkw, die sich im Besitz eines Haushaltes befinden, und in der Frage,

Unterschiede in den Reboundeffekten in Abhängigkeit von der Fahrleistung eines Haushalts

Angaben in %



ob die Haushalte aus städtischen oder eher ländlichen Regionen stammen, sowie zweitens hinsichtlich der Diskrepanzen in den Fahrleistungen von Haushalten.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Reboundeffekte bei Haushalten mit geringen Fahrleistungen signifikant stärker ausfallen als bei Vielfahrern; die Werte variieren zwischen 90 und knapp 50%. Im Gegensatz dazu gibt es keine Evidenz für abweichende Reboundeffekte bei Haushalten unterschiedlicher Einkommenshöhen oder mit einer unterschiedlichen Anzahl an Pkw oder solchen, die aus städtischen oder ländlichen Regionen stammen. Demnach hält sich die Heterogenität des Effekts insgesamt in Grenzen. Tatsächlich erweisen sich die geschätzten Reboundeffekte für die Pkw-Nutzung in Deutschland als vergleichsweise robust und bestätigen die bereits 2008 gefundene Größenordnung von etwa 60%. Damit dürften die möglichen Energieeinsparungen infolge von Verbesserungen der Effizienz von Pkw mehrheitlich durch eine gesteigerte Fahrleistung wieder aufgefressen werden.

Benzinsteuern reduzieren Emissionen wirkungsvoller als Emissionsstandards

Angesichts dieser Ergebnisse sollte der EU-Verordnung, die eine Begrenzung des spezifischen CO₂-Ausstoßes von Pkw verlangt und dazu technologische Standards vorschreibt, mit Skepsis begegnet werden. Nicht zuletzt unter Klimaschutzaspekten könnte stattdessen noch stärker auf Bzinsteuern gesetzt werden. Denn im Gegensatz zu Effizienzstandards konfrontieren Steuern die Autofahrer unmittelbar mit den Kosten für individuelle Mobilität und Fahrweise. Dies kann sowohl einen direkten Einfluss auf die Mobilitätsnachfrage haben als auch indirekt zum Kauf effizienterer Fahrzeuge ermuntern.

Dieser Beitrag beruht auf Ruhr Economic Paper #227 „Heterogeneity in the Rebound Effect – Further Evidence for Germany“. Es ist unter www.rwi-essen.de/rep als pdf-Datei erhältlich.

Informationen: frondel@rwi-essen.de, weiler@rwi-essen.de

Aus den Ruhrgebiets-Universitäten

Aus der RUB

Abschiedsvorlesung von Wim Kösters an der RUB ■

„Was rettet den Euro?“ lautete der Titel der Abschiedsvorlesung von RWI-Vorstand Prof. Dr. Wim Kösters an der Ruhr-Universität Bochum. Nach nahezu zwei Jahrzehnten als Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaftslehre I und insgesamt fast drei Jahrzehnten Tätigkeit als Professor für Volkswirtschaftslehre an verschiedenen Fakultäten wurde er zum 1.

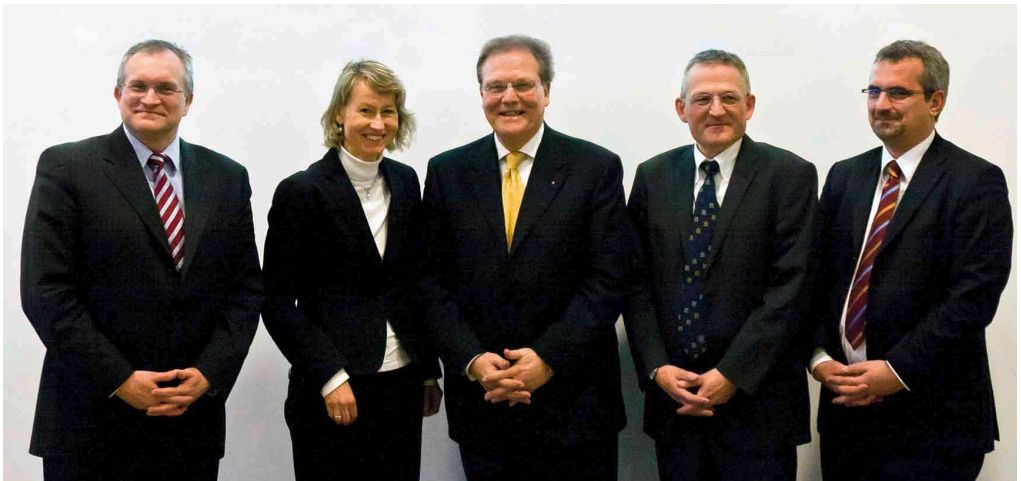
März 2011 emeritiert. Zahlreiche Kollegen und Weggefährten waren zur Abschiedsvorlesung gekommen.

Die Laudatio auf Wim Kösters hielt RWI-Präsident Christoph M. Schmidt. Er würdigte nicht nur die wissenschaftliche Lebensleistung seines Kollegen und Freundes, sondern ging auch auf dessen menschliche Stärken ein. Er habe Kösters immer als prinzipientreu, loyal, couragiert und großzügig erlebt, so Schmidt. Glücklicherweise bleibe er dem Institut als Vorstand erhalten. „Mein Kollege Bauer und ich werden noch viel Freude an unserer Zusammenarbeit mit Wim Kösters haben“ war sich Schmidt sicher.

Gleichzeitig betonte er, welche wichtige Rolle Wim Kösters für das RWI gespielt hat: „Nur aufgrund seiner Zivilcourage und seiner Treue dem Institut gegenüber lebt das RWI noch“, so RWI-Präsident Schmidt. Wim Kösters

Aus den Ruhrgebiets-Universitäten

gehörte von 1996 bis 2002 dem RWI-Forschungsbeirat an, von 1998 bis 2002 war er dessen Vorsitzender. Seit dem Jahr 2003 ist er Mitglied im RWI-Vorstand und war maßgeblich daran beteiligt, dass das RWI seine Evaluierung durch die Leibniz-Gemeinschaft im Jahr 2005 sehr gut bestanden hat.



Strahlender Mittelpunkt: Prof. Dr. Wim Kösters (Mitte), eingehmt vom RWI-Präsidenten Prof. Dr. Christoph M. Schmidt und Prof. Dr. Uta Wilkens, Prorektorin für Lehre, Weiterbildung und Medien der Ruhr-Universität Bochum (links) sowie Prof. Dr. Helmut Karl, dem Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum und RWI-Vizepräsidenten Prof. Dr. Thomas K. Bauer (rechts).

Eingeworbene Forschungsaufträge

Empirische Analyse der Auswirkungen der Tarifpluralität auf das deutsche Tarifvertragssystem und auf die Häufigkeit von Arbeitskämpfen.

Auftraggeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Ansprechpartner: Dr. Ronald Bachmann. Laufzeit: 1 Monat

Expertise zum 8. Familienbericht „Elterngeld“ – wie geht es danach weiter?

Auftraggeber: ifo Institut. Ansprechpartner: Dr. Marcus Tamm. Laufzeit: 3 Monate

Regionalcockpit Leistungssteuerung.

Auftraggeber: ADMED GmbH. Ansprechpartner: Dr. Boris Augurzky. Laufzeit: 4 Monate

Faktenbuch private Pflegebetriebe.

Auftraggeber: Arbeitgeberverband Pflege e.V. Ansprechpartner: Dr. Boris Augurzky. Laufzeit: 5 Monate

Handelsblatt-Serie „Deutschland ungeschminkt“.

Auftraggeber: Handelsblatt. Ansprechpartner: Nils aus dem Moore. Laufzeit: 6 Wochen

Verifikation der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge (Monitoringbericht 2010).

Auftraggeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Ansprechpartner: Prof. Dr. Manuel Fronzel. Laufzeit: 1 Jahr

Leibniz-Präsident Mayer besuchte das RWI

Leibniz-Präsident Prof. Dr. Karl Ulrich Mayer hat dem RWI am 23. Februar einen Antrittsbesuch abgestattet. Der Soziologieprofessor ist seit 2010 Präsident der Leibniz-



Gut geschützt: RWI-Vorstand und Leibniz-Besucher während ihres Rundgangs über die RWI-Baustelle (v.l.n.r.: RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Dr. Nicola Isendahl, persönliche Referentin des Leibniz-Präsidenten, Leibniz-Präsident Prof. Dr. Karl Ulrich Mayer, RWI-Vizepräsident Prof. Dr. Thomas K. Bauer, RWI-Vorstand Prof. Dr. Wim Kösters).

Gemeinschaft, zu der auch das RWI gehört. Insgesamt gehören der Gemeinschaft 87 Forschungseinrichtungen an, die wissenschaftliche Fragestellungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung bearbeiten. Diese werden regelmäßig von der Leibniz-Gemeinschaft schonungslos evaluiert und erhalten nur dann weitere öffentliche Fördermittel, wenn sie diese Evaluierung bestehen.

Prof. Mayer nutzte seinen Besuch im RWI, um sich über die Arbeit des Instituts und seiner einzelnen Kompetenzbereiche zu informieren. Auf dem Programm stand zudem ein Rundgang über die RWI-Baustelle mit dem Institutspräsidenten Prof. Dr. Christoph M. Schmidt. Voraussichtlich werden die neuen Etagen des Gebäudes in der Hohenzollernstraße im Herbst bezugsfertig sein. Im Anschluss an seinen Besuch im RWI reiste Prof. Mayer weiter zur „RGS Doctoral Conference“ an der TU Dortmund, wo er am Abend einen öffentlichen Vortrag hielt. Zuvor nutzte er dort die Gelegenheit zum Gespräch mit RWI- und RGS-(Post-)Doktoranden.

Termine

„Science Meets Parliament“: Wissenschaft und Politik trafen sich zum Dialog

Zum zweiten Mal hatten am 24. Februar NRW-Parlamentarier die Gelegenheit, Wissenschaftler der NRW-Leibniz-Institute im Düsseldorfer Landtag zum Dialog zu treffen. Unter dem Motto „Science Meets Parliament“ besuchten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen interessierte Abgeordnete in deren Büros und informierten sie über aktuelle Forschungsthemen. Abgerundet wurde der Tag durch eine Podiumsdiskussion und einen kleinen Empfang in der Villa Horion nahe des Düsseldorfer Landtags.



Angeregte Diskussion (v.l.n.r.): Dr. Dr. phil. h.c. Klaus Landfried, ehemaliger Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Leibniz-Präsident Prof. Dr. Karl Ulrich Mayer, Moderator und Leibniz-Pressesprecher Josef Zens sowie Helmut Dockter, Staatssekretär des NRW-Wissenschaftsministeriums.

Nach dem erfolgreichen Start von „Science Meets Parliament“ im Jahr 2009 hatten NRW-Abgeordnete am 24. Februar 2011 zum zweiten Mal Gelegenheit, sich in ihren Düsseldorfer Büros von Wissenschaftlern der zehn NRW-Mitgliedsinstitute der Leibniz-Gemeinschaft besuchen zu lassen. Für das RWI nahmen Konjunkturchef Prof. Dr. Roland Döhrn (Thema: „Was hat die Konjunkturforschung aus der Finanzkrise gelernt?“), der Leiter des Kompetenzbereichs „Öffentliche Finanzen“, Dr. Rainer Kambeck („Neue Schuldengrenzen im Grundgesetz – Was bedeutet das für die Länder,

was für NRW?“) sowie der stellvertretende Leiter des Kompetenzbereichs „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“, Dr. Ronald Bachmann („Kurzarbeit und mehr – wie macht man den Arbeitsmarkt krisenfest?“) teil.

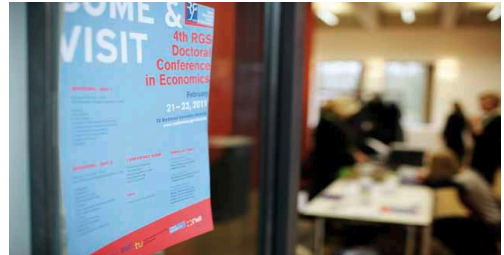
Abends hatten Abgeordnete, Ministeriale und Experten bei einer Abendveranstaltung in der Villa Horion die Möglichkeit zum weiteren Austausch zwischen Wissenschaft und Politik. Zu den Gästen zählte Helmut Dockter, Staatssekretär des NRW-Wissenschaftsministeriums. Gemeinsam mit Leibniz-Präsident Prof. Dr. Karl Ulrich Mayer und dem Politologen Prof. Dr. Klaus Landfried erörterte er in einer Podiumsdiskussion das Thema „Wie viel Föderalismus (v)erträgt die Forschung?“. „Es freut mich, dass „Science Meets Parliament“ in NRW bereits zum zweiten Mal stattfindet“, erklärte der Staatssekretär im Rahmen der Veranstaltung. „Ich halte das für eine gute Möglichkeit, den Austausch zwischen Wissenschaft und Forschung auf der einen und der Politik auf der anderen Seite weiter zu intensivieren.“



In angenehmer Atmosphäre kamen Parlamentarier mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der NRW-Leibniz-Institute ins Gespräch.



Vierte Auflage der RGS-Doktorandenkonferenz ein „vollständiger Erfolg“



Mehr als 100 Jung-Wirtschaftswissenschaftler aus aller Welt trafen sich bei der vierten RGS-Doktorandenkonferenz im Februar an der TU Dortmund zum wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch und Netzwerken. Abgerundet wurde das Konferenzprogramm durch öffentliche Vorträge, die Preisverleihung des „Best Paper Awards“ und einen gemeinsamen Besuch des „Dortmunder U“.

Mit ihrer vierten Ausgabe kehrte die RGS Doktoranden-Konferenz an den Ort ihrer Entstehung zurück: Nach den Universitäten Duisburg-Essen und Bochum war die TU Dortmund vom 21. bis zum 23. Februar zum zweiten Mal Treffpunkt für über 100 Nachwuchswissenschaftler aus dem In- und Ausland. Mit knapp 200 Paper-Einreichungen aus 24 Ländern wurde das Vorjahresniveau ein weiteres Mal übertroffen.

Eröffnet wurde die Konferenz von Prof. Hamermesh (University of Texas) mit einem öffentlichen Vortrag zum Thema „How to Publish a Good Paper: I Wish that I Knew“. Hierbei ließ er die Zuhörer ebenso informativ wie unterhaltsam an seiner langjährigen Erfahrung mit dem Verfassen und Veröffentlichen von wissenschaftlichen Arbeiten teilnehmen. Prof. Leininger, Sprecher der RGS, bemerkte anschließend, dass sicherlich nicht nur Doktoranden etwas dazugelernt hätten.

21 Sessions boten breites Themenspektrum

An den zwei folgenden Konferenztagen präsentierten und diskutierten die Teilnehmer in 21 Sessions ihre

Die Landesregierung von NRW sieht Wissenschaft und Forschung als Schlüssel zur Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben, vor die uns Klimawandel, demografische Entwicklung, Ressourcenknappheit etc. stellen.“

Staatssekretär Dockter zeigte sich erfreut über die positive Resonanz auf die Veranstaltung. „Wir müssen die Lösungsmöglichkeiten für wichtige Zukunftsfragen miteinander diskutieren“, sagte er. „Nur so ist eine nachhaltig erfolgreiche Wissenschafts- und Forschungspolitik möglich. Nur so schafft Wissenschaft die Chancen, die wir für eine nachhaltige Entwicklung in NRW brauchen.“ Die Leibniz-Einrichtungen in NRW jedenfalls wollen den Dialog aufrecht erhalten und „Science Meets Parliament“ in Nordrhein-Westfalen als regelmäßigen Termin etablieren.

Informationen: weiler@rwi-essen.de

Termine



Ideen und Forschungsergebnisse. Das Spektrum reichte dabei von neukeynesianischer Makroökonomik und Fiskalpolitik über internationalen Handel, experimentelle Wirtschaftsforschung und Zufriedenheitsanalyse bis hin zu Arbeitsmarkt- und Gesundheitsökonomie. Dabei übernahm in bewährter Weise jeweils ein RGS-Professor den Vorsitz der einzelnen Sessions. Ergänzt wurde das Programm durch einen Vortrag von Jeroen Loos vom Wissenschaftsverlag Elsevier, der den Doktoranden weitere hilfreiche Informationen zum Weg einer Veröffentlichung aus Sicht eines Verlegers lieferte.

Ausgezeichnet: Jörg L. Spenkuch, Preisträger des „Best Paper Award“, eingerahmt von den beiden RGS-Sprechern Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (links) und Prof. Dr. Wolfgang Leininger

Das Highlight des sozialen Rahmenprogramms war eine Führung durch das „Dortmunder U“. Das denkmalgeschützte ehemalige Kellereihochhaus der

Unions-Brauerei ist mittlerweile zu einem Zentrum für Kunst und Kultur geworden, in dem Veranstaltungen sowie wechselnde Ausstellungen stattfinden. Raum für Gespräche und Ideenaustausch gab es beim anschließenden Konferenz-Dinner im Restaurant auf der obersten Etage des Dortmunder U, das einen Panoramablick über die Dächer Dortmunds bot.

„Best Paper Award“ für jungen US-Wissenschaftler

Am letzten Konferenztag wurde der mit 500 Euro dotierte „Best Paper Award“ verliehen. Der diesjährige Preisträger Jörg Spenkuch von der University of Chicago wurde für seinen Beitrag über die Verbindung von protestantischer Ethik und Arbeitsmarkterfolg in Deutschland ausgezeichnet. Als Identifikationsstrategie verknüpft Spenkuch Informationen über die geographische Verteilung des Protestantismus aus der Zeit des Augsburger Friedens 1555 mit aktuellen Arbeitsmarktdaten. Im Rahmen der Preisverleihung wurde

darüber hinaus dem Organisationsteam unter Leitung von RGS-Koordinatorin Dr. Vivien Procher für den reibungslosen Ablauf der Konferenz gedankt.

Der abschließende öffentliche Vortrag des Präsidenten der Leibniz-Gemeinschaft, Prof. Mayer, zum Thema „Mythos Flexibilisierung?“ über die Stabilität von Berufsbiografien schlug in der Tradition der RGS Konferenzen eine Brücke zwischen Wissenschaft und Politik. Wie von RGS-Sprecher Prof. Schmidt eingangs angekündigt, zeigte Prof. Mayer anhand der Enttarnung des Mythos Flexibilisierung, wie moderne Forschung genutzt werden kann, Fakt und Fiktion durch die Wahl geeigneter Methoden und Daten zu trennen. Im Anschluss an die Diskussion, die das große öffentliche Interesse am Thema widerspiegelte, resümierte Prof. Schmidt, dieser Abschluss habe die Konferenz für ihn zu einem „vollständigen Erfolg“ gemacht.

Informationen: procher@rwi-essen.de

RWI-Baustellenbesichtigung



Schauen und Staunen: Erstmals hatten am 24. März RWI-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter die Gelegenheit, die Baustelle im 4. und 5. Stock des Institutsgebäudes in der Hohenzollernstraße zu besichtigen. Nachdem der Rohbau fertiggestellt worden ist, folgt in den nächsten Monaten der Innenausbau. Bereits jetzt konnten die Besucher sehen, dass insbesondere der neue 5. Stock einen beeindruckenden Panoramablick über die Dächer Essens gewährt. Den werden ab Herbst vor allem Institutspräsident Schmidt und seine Vorstandskollegen genießen können, deren Büros sich in der neu errichteten Etage befinden werden.

Christoph M. Schmidt ist Mitglied der Enquete-Kommission Wachstum und Wohlstand

RWI-Präsident Christoph M. Schmidt ist neben seiner Tätigkeit im Sachverständigenrat und seiner Professur an der Ruhr-Universität Bochum (RUB) nun auch Mitglied in der neu gegründeten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität. Aufgabe des Gremiums ist es unter anderem, zu prüfen, ob ein ganzheitlicher Wohlstands- oder Fortschrittsindikator entwickelt werden kann. Mit diesem Thema hatte sich unter Schmidts Federführung bereits der Sachverständigenrat beschäftigt.

RWI-Präsident Christoph M. Schmidt ist in die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ berufen worden, deren Einsetzung der Bundestag im Dezember 2010 beschlossen hatte. Der Auftrag an die Kommission sieht vor, den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft zu ermitteln, die Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- oder Fortschrittsindikator zu prüfen und die Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt auszuloten. Ferner soll sie den Einfluss von Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstilen auf Möglichkeiten nachhaltigen Wirtschaftens untersuchen und konkrete politische Handlungsempfehlungen für ein ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften entwickeln.

Das aus 17 Bundestagsabgeordneten und 17 Sachverständigen bestehende Gremium hat mit seiner konstituierenden Sitzung am 17. Januar die Arbeit aufgenommen. Zu den weiteren Sachverständigen zählen unter anderem die Ökonomen Kai Carstensen (ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München), Gert G. Wagner (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin), Karl-Heinz Paqué (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) und Marc Oliver Bettzüge (Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln).

Expertise des Sachverständigenrats zu neuem Wohlstandsindikator

Mit dem Thema Wohlstandsmessung hatte sich Christoph M. Schmidt zuvor bereits im Rahmen seiner Tätigkeit im „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVR) beschäftigt. Dieser hatte unter Schmidts Federführung im Herbst 2010 gemeinsam mit dem französischen SVR-Pendant, dem „Conseil d'Analyse Économique“, die Expertise „Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem“ erarbeitet. Auftraggeber der Expertise war der Deutsch-Französische Ministerrat. Sie steht unter www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de im Internet zum Download bereit.

Bei der Arbeit in der Enquete-Kommission wird Schmidt unterstützt von Nils aus dem Moore, dem Leiter der Stabsabteilung „Politik und Kommunikation“ und Wissenschaftler des Kompetenzbereichs „Öffentliche Finanzen“ im Berliner Büro des RWI. Als Associate der Stiftung Neue Verantwortung hatte er sich im vergangenen Jahr intensiv mit dem Thema der Enquete-Kommission beschäftigt und als Mitglied des Projektteams „Wohlstand ohne Wachstum“ ein integratives Leitbild von drei Ökonomien – Markt, Natur und Lebenswelt – als Grundlage für ein zukunftsfähiges Wohlstandsmodell vorgeschlagen. Das Policy Paper „Wohlstand ohne Wachstum – Analyse von Wechselbeziehungen der drei Ökonomien“ steht unter www.stiftung-nv.de im Internet zum Download bereit.

Informationen: ausdemmoore@rwi-essen.de, weiler@rwi-essen.de

Ruhr Economic Papers

Download der Ruhr Economic Papers unter www.rwi-essen.de/rep

(231) Bensch, G., J. Kluve und J. Peters (RWI)

Rural Electrification in Rwanda – An Impact Assessment Using Matching Techniques

(232) Belke, A. (UDE)

Reinforcing EU Governance in Times of Crisis: The Commission Proposals and Beyond

(233) Grösche, P. und C. Schröder (RWI)

Eliciting Public Support for Greening the Electricity Mix Using Random Parameter Techniques

(234) Keese, M. und H. Schmitz (RGS, RWI, UDE)

Broke, Ill, and Obese: The Effect of Household Debt on Health

(235) Grave, B. (RWI)

The Effect of Student Time Allocation on Academic Achievement

(236) Belau, J. (RGS, TUD)

Outside Options in Probabilistic Coalition Situations

(237) Dobnik, F. (RGS, UDE)

Long-run Money Demand in OECD Countries – Cross-Member Cointegration

(238) Jopp, T. A. (RWI)

Old Times, Better Times? German Miners' Knappschaften, Pay-as-you-go Pensions, and Implicit Rates of Return, 1854–1913

(239) Kassenböhmer, S. C. und C. M. Schmidt (RWI, RUB)

Beyond GDP and Back: What is the Value-added by Additional Components of Welfare Measurement?

(240) Jovanovic, M. (RUB)

Does Monetary Policy Affect Stock Market Uncertainty? – Empirical Evidence from the United States

(241) Belke, A. und C. Dreger (UDE)

Current Account Imbalances in the Euro Area: Catching up or Competitiveness?

(242) Busch, C. und C. Vance (RWI)

The Diffusion of Cattle Ranching and Deforestation – Prospects for a Hollow Frontier in Mexico's Yucatán

(243) Belke, A. und C. Gokus (UDE)

Volatility Patterns of CDS, Bond and Stock Markets Before and During the Financial Crisis – Evidence from Major Financial Institutions

(244) Chapman, B. und M. Sinning (RWI)

Student Loan Reforms for German Higher Education: Financing Tuition Fees

(245) Frondel, M. und S. Lohmann (RWI, RUB)

The European Commission's Light Bulb Decree: Another Costly Regulation?

(246) Jopp, T. A. (RWI)

The Hazard of Merger by Absorption – Why Some Knappschaften Merged and Others Did not: 1861–1920

RWI Materialien

Download unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien

(64) Roland Döhrn, Philipp an de Meulen, Tobias Kitlinski und Simeon Vosen

Produktionswachstum setzt sich fort – Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen 2011

In Nordrhein-Westfalen hat ähnlich wie in Deutschland insgesamt zur Jahresmitte 2009 eine konjunkturelle Wende eingesetzt. Die Wirtschaft des Landes erholte sich von einer Rezession allerdings etwas langsamer.

Beim Bruttoinlandsprodukt dürfte der Abstand zum Expansionstempo in Deutschland aber gering sein (2010: 3,5% gegenüber 3,7% in Deutschland).

Im Jahr 2011 dürfte die Expansion in Nordrhein-Westfalen ähnlich wie in Deutschland insgesamt stärker von der Inlandsnachfrage bestimmt werden. Vieles spricht dafür, dass das nordrhein-westfälische BIP in etwa so steigen wird wie das deutsche (2,5%). Dies dürfte sich in einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit niederschlagen, zumal das Erwerbspersonenpotenzial demographisch bedingt rückläufig ist.

(65) Björn Alecke, Timo Mitze und Gerhardt Untiedt

Regionale Wachstumseffekte der GRW-Förderung? – Eine räumlich-ökonomische Analyse auf Basis deutscher Arbeitsmarktregionen

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ist das zentrale wirtschaftspolitische Instrument zur Förderung entwicklungsschwacher Regionen seit Ende der 60er Jahre. Seit der Wiedervereinigung kommt es zudem flächendeckend in den neuen Bundesländern zum Einsatz. In dieser Untersuchung wird der Einfluss der GRW-Förderung auf das Produktivitätswachstum der 225 deutschen Arbeitsmarktregionen im Zeitraum von 1994 bis 2006 empirisch untersucht.

Die Schätzergebnisse einer Konvergenzgleichung zeigen für verschiedene Modellspezifikationen einen positiven Einfluss der Förderung auf das Produktivitätswachstum der geförderten Arbeitsmarktregionen. Deren Konvergenzgeschwindigkeit verdoppelt sich für Regionen deutlich unterhalb ihres *steady state* nahezu. Um die Robustheit der Ergebnisse zu überprüfen, wird das klassische ökonomische Modell schließlich um „räumliche“ Komponenten erweitert. Dabei ergeben sich negative Spillovereffekte der GRW-Förderung. Dies kann u.a. damit erklärt werden, dass die geförderte Region im Standortvergleich attraktiver wird und somit – wie politisch gewollt – Investitionen aus anderen Regionen „abzieht“. Im Resultat führen die negativen räumlichen Spillover-Effekte zu einer Verlangsamung der Konvergenzgeschwindigkeit, allerdings bleibt der Gesamteffekt der GRW-Förderung positiv.

RWI Positionen

Download unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-positionen

(40) Manuel Frondel, Christoph M. Schmidt und Nils aus dem Moore

Eine unbequeme Wahrheit – Die frappierend hohen Kosten der Förderung von Solarstrom durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz. 14. Dezember 2010

Die Kosten der Förderung von Solarstrom durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz haben in Deutschland eine Größenordnung erreicht, die diese Förderung zu einem Paradebeispiel verfehlter Subventionspolitik macht. Das RWI hat erstmals seit 2007 immer wieder auf die drohende Kostenlawine aufmerksam gemacht. Die Berechnungen des RWI werden in den Medien regelmäßig aufgegriffen und intensiv diskutiert, und von interessierter Seite werden erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Berechnungen in Frage zu stellen.

Im Oktober 2010 hat das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie eine Studie vorgelegt, die sich mit den Grundaussagen und Kostenschätzungen des RWI befasst. Die Autoren kommen zu dem Schluss, „... dass die RWI-Berechnungen, die den Kapitalwert der Förderkosten auf 65,6 Milliarden € beziffern, um 42% zu hoch ausfallen.“ Die vorliegende RWI Position diskutiert die neun Kritikpunkte der WI-Studie. In dieser Auseinandersetzung wird deutlich, dass sich der ökonomisch begründbare Unterschied in der Kostenschätzung zwischen WI und RWI auf nur knapp 6% beläuft.

(41) Nils aus dem Moore

Eine Wirtschaftsregierung für Europa? – Die EU braucht bessere governance, aber kein gouvernement économique. 20. Dezember 2010

Die Idee einer europäischen Wirtschaftsregierung ist so alt wie die Pläne für das Projekt der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Sie wurde schon im Rahmen der ersten Überlegungen zu einer EWU formuliert und seitdem insbesondere von französischen Politikern und Ökonomen immer wieder aktualisiert.

Um die Frage zu beantworten, ob wir eine Wirtschaftsregierung brauchen, werden in der vorliegenden RWI Position frühe Konzepte einer europäischen Wirtschaftsregierung sowie französische Vorstellungen aus der Vorbereitungs- und Gründungsphase der EWU dargestellt. Anschließend werden aktuellere Konzeptionen diskutiert, die seit Beginn der EWU entwickelt und teilweise auch als Reaktion auf die aktuelle Staatsschuldenkrise in der EU vorgeschlagen wurden. Vor diesem Hintergrund werden dann die wesentlichen Argumente für die hier vertretene Position erläutert, dass die EU keine Wirtschaftsregierung im Sinne eines *gouvernement économique* benötigt, sondern vielmehr eine gestärkte wirtschaftspolitische Koordination durch ein verbessertes System der *economic governance*.

Drei Maßnahmen sollten dabei im Mittelpunkt stehen: Notwendig ist erstens eine verbesserte wirtschaftspolitische Überwachung von strukturellen Fehlentwicklungen, welche die einzelnen Mitgliedstaaten frühzeitig auf notwendigen Strukturreformen hinweist. Zweitens muss ein gestärkter Stabilitäts- und Wachstumspakt die Solidität der Staatsfinanzen nachhaltig sichern und dabei dem Kriterium des akkumulierten Schuldenstandes größere Bedeutung als bisher beimessen. Drittens ist es richtig, dass die Staats- und Regierungschefs der EU im Dezember 2010 eine beschränkte Veränderung des Lissabon-Vertrages beschlossen haben, um einen permanenten Stabilitätsmechanismus mit Vorkehrungen für eine Beteiligung privater Gläubiger zu etablieren.

Intern

RGS-Absolvent Dr. Pavel A. Stoimenov erhält Rudolf Chaudoire-Preis



Preisträger und Würdenträger (v.l.n.r.): Dr. Gert Fischer, Mitglied des Vorstands der Rudolf Chaudoire-Stiftung, Prof. Andreas Brümmer, Dekan Fakultät Maschinenbau, die Preisträger Dr. Swantje Bargmann und Dr. Pavel A. Stoimenov, Prof. Claus Weihs, Dekan Fakultät Statistik, sowie Prof. Ursula Gather, Rektorin der TU Dortmund.

Dr. Pavel A. Stoimenov hat für seine herausragende wissenschaftliche Leistung den Rudolf Chaudoire-Preis der TU Dortmund erhalten. Der Absolvent der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ) forscht zur Zeit an der Fakultät Statistik der TU Dortmund. In seinen Forschungsarbeiten beschäftigt er sich mit statistischen Modellen und Methoden zur Erklärung und Beschreibung zeitvariabler Abhängigkeiten und Volatilitäten auf Kapitalmärkten. So hat Stoimenov neue Verfahren entwickelt, die die Defizite des bekannten Korrelationskoeffizienten überwinden. Gemeinsam mit ihm wurde Dr. Swantje Bargmann von der Fakultät Maschinenbau ausgezeichnet.

Der Rudolf Chaudoire-Preis wird von der gleichnamigen Stiftung vergeben. Sie ist aus dem Vermächtnis eines im Ruhrgebiet ansässigen Industriellen hervorgegangen, dem die Förderung der Berufsbildung junger Menschen am Herzen lag. Die Auszeichnung ist verbunden mit einem Stipendienzuschuss, der dem Forschungsnachwuchs einen Aufenthalt an einer ausländischen Universität oder einer Forschungsinstitution ermöglicht.

Informationen: procher@rwi-essen.de

Vorstellung des RWI-Forschungsbeirats

Laut RWI-Satzung dient der Forschungsbeirat der wissenschaftlichen Beratung des Instituts. Ihm gehören mindestens 6, höchstens jedoch 12 international angesehene, im Berufsleben stehende externe Wissenschaftler oder andere Sachverständige auf dem Forschungsgebiet des Instituts aus dem In- und Ausland an. Seine Aufgaben sind die wissenschaftliche Begleitung, Beratung und Bewertung der Arbeiten des Instituts, die Bewertung des Forschungsprogramms des Instituts, der Bericht über die Bewertung gegenüber dem Verwaltungsrat sowie die Förderung der Arbeiten des Instituts. Zur Zeit hat er acht Mitglieder, die wir in dieser und der nächsten Ausgabe der RWI News kurz vorstellen möchten:

Prof. Dr. David Card



David Card promovierte 1983 an der Princeton University und ist seit 1997 Professor an der University of California at Berkeley. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf den Gebieten der Bildungs- und Arbeitsmarktökonomik. Cards Arbeiten wurden unter anderem im *American Economic Review*, im *Quarterly Journal*

of Economics sowie im *Journal of Labor Economics* publiziert. Von 1991 bis 1995 war er Mitherausgeber der Zeitschrift "Econometrica", von 2002 bis 2005 Mitherausgeber der *American Economic Review*. Er wurde 1995 mit dem John Bates Clark Prize ausgezeichnet und erhielt 2006 den IZA Prize in Labour Economics sowie 2007 die Frisch Medal der Econometric Society.

Prof. Dr. Clemens Fuest



Clemens Fuest ist seit 2008 Forschungsdirektor am Centre for Business Taxation sowie Professor für Unternehmensbesteuerung an der Oxford University. Er wurde an der Universität zu Köln promoviert und habilitierte sich an der Universität München. Seine Forschungsinteressen liegen auf den Gebieten Wirtschafts-

und Finanzpolitik, Internationale Besteuerung, Steuerpolitik. Fuest hat unter anderem im *Journal of Public Economics*, im *European Economic Review* sowie im *International Economic Review* publiziert. Er ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums der Finanzen (2007 bis 2010 Vorsitzender) sowie Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Ernst & Young AG.

Prof. Dr. Walter Krämer



Walter Krämer studierte Mathematik und Volkswirtschaftslehre an der Universität Mainz, wurde dort zum Dr. rer. pol. promoviert und habilitierte sich an der Technischen Universität Wien. Seine Berufstationen führten ihn über die Universitäten Mannheim, Westen Ontario (Kanada), Wien und Han-

nover an die Universität Dortmund. Dort leitet er seit 1988 das Institut für Wirtschafts- und Sozialstatistik. Seine Beiträge zur empirischen Wirtschaftsforschung wurden in zahlreichen Büchern und Fachzeitschriften, z.B. *American Economic Review*, *Journal of the American Statistical Association* und *Econometrica*, veröffentlicht. Seit 2008 ist er Chef-Herausgeber der *German Economic Review*.

„Was macht eigentlich ...“



...Michael Fertig

Michael Fertig ist seit 2007 Geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) in Köln. Von 2002 bis 2006 arbeitete er am RWI, lange Zeit davon als stellvertretender Leiter des Kompetenzbereichs „Migration,

Integration und Bildung“ (der mittlerweile im Kompetenzbereich „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“ aufgegangen ist). Zuvor hatte Michael Fertig an der Universität Heidelberg Volkswirtschaftslehre studiert und dort 2002 promoviert. Während seines Studiums war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Ökonometrie an der Universität Heidelberg des jetzigen RWI-Präsidenten Christoph M. Schmidt. Für seine wissenschaftliche Arbeit wurde Fertig 2002 mit dem Südwestmetall-Förderpreis und 2003 mit dem Nachwuchsförderpreis der Leibniz-Gemeinschaft ausgezeichnet.

1. Was haben Sie aus Ihrer Arbeit am RWI für Ihre jetzige Tätigkeit gelernt?

Verständliches Darstellen komplexer Sachverhalte, hoffe ich zumindest.

2. Was haben Sie aus Ihrer Zeit am RWI noch am deutlichsten in Erinnerung?

Viele sehr nette und sehr witzige Menschen und einige unverständliche Darstellungen einfacher Sachverhalte.

3. Wie unterscheidet sich das, was Sie jetzt tun, von Ihrer Arbeit am Institut?

Vor allem durch weniger Freiheit in der Wahl der Themen, mit denen ich mich beschäftige.

4. Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung, die zukünftig auf die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute zukommen wird?

Unverändert der Balanceakt zwischen international kompetitiver Forschung und qualitativ hochwertiger Politikberatung.

5. Auf welche Frage würden Sie gerne einmal antworten?

Wären Sie bereit ein Interview für das „GeißbockEcho“ zu geben (Anm. d. Red.: Clubmagazin des 1. FC Köln)?

† Elfriede Klussmann verstorben

Am 12. März 2011 ist unsere ehemalige Mitarbeiterin Elfriede Klussmann im Alter von 76 Jahren gestorben. Sie war bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1997 18 Jahre lang Mitarbeiterin der RWI-Statistikabteilung. Ihre Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft werden uns allen in Erinnerung bleiben.



RWI News

Nr. 1/2011 (März)

Herausgeber:
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3
45128 Essen

Fon: 0201-8149-0, Fax: 0201-8149-200

rwi@rwi-essen.de

www.rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt

Layout: Julica Bracht, Daniela Schwindt, Benedict Zinke

Fotos: Sven Lorenz, Stefan Rumpf, Daniela Schwindt,
Sabine Weiler, Benedict Zinke, TU Dortmund

ISSN 1612-3581